



Dr. Ernst Dieter Rossmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik, 11011 Berlin

 (030) 227-73447

 (030) 227-76318

 ernst-dieter.rossmann@bundestag.de
www.ernst-dieter-rossmann.de

Pressemitteilung

Berlin, den 10.02.06

Ausbildungspakt weiterentwickeln – jungen Menschen eine zweite Chance geben

„Der Pakt für Ausbildung muss weiterentwickelt werden“, fordert der Kreis Pinneberger SPD-Bundestagsabgeordnete und Bildungspolitiker Dr. Ernst Dieter Rossmann in der Bundestagsdebatte zur Situation der beruflichen Bildung. Eine einfache Fortschreibung werde den erkennbaren Schwächen des bisherigen Paktes nicht vollauf gerecht. Die sinkende Zahl betrieblicher Ausbildungsplätze, das weiterhin sehr unterschiedliche Engagement der Arbeitgeber und nicht zuletzt die besonderen Probleme von jungen Menschen ohne Schulabschluss oder jungen Frauen auf dem Ausbildungsmarkt sind nach Ansicht des Abgeordneten weiterhin deutliche Alarmzeichen. Rossmann appelliert an alle Beteiligten, Unternehmen, Verbände und Politik, in ihren Anstrengungen nicht nachzulassen.

Der stellvertretende bildungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion begrüßt ausdrücklich die Fortsetzung des Paktes um weitere drei Jahre. Auch die Intensivierung der Maßnahmen der Bundesregierung durch das so genannte Jobstarter-Programm im Umfang von 100 Millionen Euro wird von Rossmann nachdrücklich unterstützt. Denn vor allem der Anteil junger Menschen, die weder eine Schulausbildung noch eine Berufsausbildung haben, ist mit über 17 Prozent bei den 25-Jährigen unakzeptabel hoch. „Diesen Menschen muss ermöglicht werden, einfacher entsprechende Abschlüsse oder Qualifikationen nachzuholen, um ihnen so wieder eine klare Zukunftsperspektive geben zu können.“, fordert der Bildungspolitiker. Nur so seien sie in die Arbeitswelt und Gesellschaft bereits am Beginn ihrer Erwerbsbiografien wieder integrierbar. Diesen Menschen eine zweite Chance zu geben sollte daher ein wesentlicher Baustein der Weiterentwicklung des Ausbildungspaktes sein.

Ferner gibt es in Deutschland weiterhin über 100.000 Betriebe mit über zehn Beschäftigten, die nicht ausbilden, wie der Abgeordnete feststellt. Dieses brach liegende Ausbildungspotenzial müsse stärker genutzt werden; hier sei die Wirtschaft in der Pflicht. „Zudem haben es junge Frauen offenbar in der Nachvermittlung deutlich schwerer, einen Ausbildungsplatz zu erhalten als junge Männer. Auch hier müssen die Ursachen analysiert und muss mit zielgenauen Maßnahmen gesteuert werden, z.B. mit mehr Ausbildungsordnungen in neuen Berufsfeldern im Dienstleistungsbereich“, sagt Rossmann.